Oliver Kaszmarek: Niemand darf in der Pandemie zurückbleiben – JobCenter können Laptops für bedürftige Kinder übernehmen



Oliver Kaczmarek

Damit einkommensschwache Familien in der Corona-Krise nicht benachteiligt werden, hat Bundesarbeitsminister Hubertus Heil jetzt zusätzliche Hilfen angekündigt: Für bedürftige Schülerinnen und Schülern übernehmen die Jobcenter Kosten für Laptops, Tablets oder Drucker für den Unterricht zu Hause. Darüber hinaus bekommen Hartz-IV-Empfänger schon bald je zehn kostenlose FFP2-Masken oder vergleichbare medizinische Masken. "Es ist wichtig, dass wir in der Krise niemanden alleine lassen.", begrüßt der SPD-Bundestagsabgeordnete Oliver Kaczmarek die Maßnahmen.

Die Unterstützung für Kinder und Jugendliche aus Familien, die auf Grundsicherung angewiesen sind, gilt für alle Schüler*innen an allgemein- und berufsbildenden Schulen. Die Schüler*innen bzw. deren Eltern müssen den entsprechenden Bedarf beim Jobcenter geltend machen, der im Regelfall bis zu 350 Euro betragen kann. "Bereits im Sommer vergangenen Jahres

hat der Bund ein 500-Millionen-Programm für Leihlaptops für bedürftige Kinder aufgelegt", sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete Oliver Kaczmarek. Die neue Regelung von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) ergänze dieses Programm nun. "Der Zugang zur Bildung darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen", sagt Kaczmarek. Der Zuschuss für die digitale Ausstattung von bedürftigen Schüler*innen sei ein wichtiger Schritt in

Richtung Chancengleichheit. Zudem weist der Bundestagsabgeordnete darauf hin, dass mit dem Digitalpakt Schule bereits eine langfristige Ausstattungsoffensive für Digitalisierung in Schulen gestartet ist, von der der Kreis Unna mit 19,8 Mio. Euro profitiert und die allen Schüler*innen zukommt.

Zudem erhalten wegen der verschärften Maskenpflicht nun auch Hartz-IV Empfänger je zehn kostenlose FFP2-Masken. Zum Schutz von Risikogruppen hatte der Bund bereits ein Programm für die Ausgabe von FFP2-Masken aufgelegt. Nun werde auch für das neue Programm eine kurzfristig umsetzbare Lösung genutzt. Das heißt: Die Berechtigten werden zügig durch ihre Krankenkasse bzw. —versicherung

per Schreiben über einen Anspruch informiert. Bei Vorlage des Schreibens und eines Lichtbildausweises erhalten die Betroffenen dann ihre Masken in der Apotheke. Eine Eigenbeteiligung ist nicht vorgesehen, den Berechtigten entstehen keine Kosten. Die Finanzierung der

Masken erfolgt aus dem Bundeshaushalt. "Das ist ein wichtiger Beitrag in der Pandemie", so Kaczmarek. Notwendiger Schutz dürfe keine Frage des Geldbeutels sein.

Tag der Kinderhospizarbeit: Kreis setzt Zeichen der Verbundenheit



Landrat Mario Löhr mit dem grünen Band als Symbol für den Tag der Kinderhospizarbeit. Foto: Birgit Kalle — Kreis Unna

Mit leuchtend grünen Bändern sind in den nächsten Tagen einige Dienstfahrzeuge der Kreisverwaltung unterwegs. Anlass dafür ist der bundesweite Tag der Kinderhospizarbeit am 10. Februar. Damit will die Kreisverwaltung ein Zeichen der Verbundenheit setzen.

Noch immer ist das Thema Tod und Sterben von Kindern und Jugendlichen ein Tabu-Thema.

Mit der Aktion soll auf die Arbeit der Kinderhospizdienste und des Deutschen Kinderhospizvereins aufmerksam gemacht werden.

"Das grüne Band soll betroffene Familien mit Freunden und Unterstützern symbolisch verbinden und die Hoffnung ausdrücken, dass sich immer mehr Menschen für die erkrankten Kinder und deren Familien einsetzen", unterstreicht Landrat Mario Löhr.

Auf Kinderhospizarbeit aufmerksam machen

Im Rahmen der Kinderhospizarbeit werden Kinder mit verkürzter Lebenserwartung und deren Familien begleitet und unterstützt. Die Begleitung erfolgt ab der Diagnose, im Leben und Sterben sowie über den Tod der Kinder hinaus.

Mit dem Tag der Kinderhospizarbeit am 10. Februar sollen die Inhalte dieser Arbeit bekannter gemacht und Menschen motiviert werden, sich mit erkrankten Kindern, ihren Eltern und Geschwistern zu solidarisieren. Außerdem dient dieser besondere Tag dazu, ehrenamtliche Begleiter sowie finanzielle Unterstützer zu gewinnen.

Wer sich mit dem Engagement solidarisch zeigen möchte, kann ebenfalls grüne Bänder anbringen. Zu haben sind diese beim Deutscher Kinderhospizverein e.V., www.deutscher-kinderhospizverein.de. PK | PKU

DRK-Blutspendetermine finden weiterhin statt

"Blutspendetermine finden weiterhin statt- gemäß Coronaschutzverordnung mit medizinischer Maske und Terminreservierung für mehr Abstand und Sicherheit", teilt das DRK mit. Der nächste Blutspendtermin in Bergkamen findet statt am Freitag, 12. Februar, von 15 bis 19.30 Uhr im Haus der Mitte in Rünthe, Kanalstraße 7.

Die Corona-Schutzmaßnahmen sind seit Ausbruch der Pandemie konsequent auf den Blutspendeterminen des DRK umgesetzt worden. Gemäß der Coronaschutzverordnung des Landes NRW

richtet der DRK Blutspendedienst seine Blutspenden nur noch mit Terminreservierung aus, um Abstände halten zu können und Menschenansammlungen vor und in den Spendelokalen vermeiden. "Wir bitten alle Spender ausdrücklich darum, sich im Vorfeld unter blutspende.jetzt einen Termin zu reservieren und eine medizinische Maske zu tragen." berichtet Stephan Jorewitz vom Zentrum für Transfusionsmedizin in Hagen und aktuell geltenden Zulassungsbestimmungen ergänzt: "Die gewährleisten weiterhin einen sehr hohen Schutz Blutspender und Empfänger. Mehr Informationen hierzu und zu eventuellen Ausschlusskriterien qibt e s unter https://www.blutspendedienst-west.de/corona ".

"Medizinische Maske" definiert sich laut § 3 Absatz 1 der Coronaschutzverordnung NRW wie folgt: "Medizinische Masken […] sind sogenannte OP-Masken, Masken des Standards FFP2 oder diesen vergleichbare Masken (KN95/N95)."

Aus Infektionsschutzgründen bittet der Blutspendedienst darum, auf Begleitpersonen zu verzichten sowie einen eigenen Kugelschreiber zu benutzen. Blutspender werden nicht auf Corona getestet – für die Übertragbarkeit des Coronavirus durch Blut gibt es keine Hinweise. Aktuell gibt es anstelle der Bewirtung zum Abschluss der Blutspende einen kleinen Imbiss als "Lunch-ToGo".

Blut spenden kann jeder ab 18 Jahren; Neuspender bis zum 69. Geburtstag. Zur Blutspende muss immer ein amtlicher Lichtbildausweis mitgebracht werden. Männer dürfen sechs Mal und Frauen vier Mal innerhalb von zwölf Monaten Blut spenden. Zwischen zwei Blutspenden müssen 56 Tage liegen. Für alle, die mehr über die Blutspendetermine in Wohnortnähe erfahren wollen, hat der DRK-Blutspendedienst West im Spender-Service-Center eine kostenlose Hotline geschaltet. Unter 0800 -11 949 11 werden montags bis freitags von 8.00 bis 18.00 Uhr alle Fragen beantwortet.

Gewerkschaft NGG begrüßt Beschluss der Landesregierung: Betriebskantinen dürfen wieder öffnen



Betriebskantinen dürfen nach einem Beschluss der Landesregierung unter Auflagen wieder öffnen. Dafür hatte sich die NGG bei Ministerpräsident Laschet stark gemacht. Foto: NGG

Grünes Licht für die Mittagspause in der Industrie: Im Kreis Unna dürfen Betriebskantinen nach einem Beschluss der Landesregierung unter Auflagen wieder öffnen. Das teilt die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) mit. "Die bisherige Corona-Verordnung schrieb die komplette Schließung der Kantinen vor. Doch in vielen Industriebetrieben ist der Verzehr von selbst mitgebrachten Speisen nur in diesen Räumen erlaubt. Jetzt herrscht endlich Klarheit: Wenn Mindestabstände eingehalten werden und ein Hygienekonzept vorliegt, darf auch wieder in der Betriebskantine gegessen werden", sagt Torsten Gebehart, Geschäftsführer der NGG-Region Dortmund. Für die Neuregelung hatte sich die Gewerkschaft zusammen mit dem Arbeitgeberverband der Ernährungsindustrie Nordrhein-Westfalen bei Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) starkgemacht.

Im Kreis Unna profitiere davon ein Großteil der rund 2.700 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Lebensmittelindustrie. "Wer in stundenlanger Arbeit Kalorien verbrennt, muss auch irgendwann selbst welche aufnehmen. Schließlich sind es die Beschäftigten, die mit der Herstellung von Essen und Trinken dafür sorgen, dass die Supermarktregale in Pandemie-Zeiten voll bleiben", betont Gebehart. Nun komme es in den Unternehmen darauf an, gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretungen schlüssige Hygienekonzepte für die Betriebskantinen zu erarbeiten. Die unverzichtbare Essenspause im Job dürfe unter keinen Umständen zum Infektionsherd werden, so die NGG.

Witterungsbedingte Verkehrsunfälle – mit dem Regen kam das Glatteis

Die Anzahl der bei der Kreispolizeibehörde Unna gemeldeten Verkehrsunfälle auf Grund von Glatteis im Bereich der Kreispolizeibehörde Unna ist überschaubar.

Gegen 6:00 Uhr rutsche ein Pkw in Schwerte auf dem Bürenbrucher Weg in den Straßengraben. Es wurde niemand verletzt und es entstand kein Sachschaden.

Auf dem Habbesweg in Unna-Massen rutsche gegen 6:15 Uhr ein Lkw gegen eine Hauswand und verursachte einen geringen Sachschaden.

Um kurz nach 7:00 Uhr rutschte in Werne in der Straße Baaken ein Pkw gegen eine Garagenwand. Es entstand ein Sachschaden von etwa 1000 Euro.

In Holzwickede kippte gegen kurz nach 8:00 Uhr im Einmündungsbereich Eichenweg/Birkenstraße ein Streufahrzeug auf die Seite. Eine Unfallaufnahme musste nicht erfolgen. Das Fahrzeug konnte von der Gemeinde Holzwickede selbstständig wieder aufgerichtet werden. Es wurde niemand verletzt.

Halbjahreszeugnis kommt mit Postkarte: Infos für die Zukuftsplanung



So sieht die Postkarte aus. Foto: Bundesagentur für Arbeit.

Mit ihrem Halbjahreszeugnis erhalten alle Schülerinnen und Schüler der Abgangsklassen in ganz NRW heute Post von der Landesregierung und der Agentur für Arbeit — auch im Kreis Unna. Auf der Postkarte sind QR-Codes, die zu Hilfs- und Unterstützungsangeboten im Bereich der beruflichen Orientierung führen — passend für jede Region.

Wer also noch nicht weiß, wie es nach dem Abschluss weiter gehen soll, findet dort konkrete Hilfe und kann seine Zukunft weiter planen.

Neben Tipps zu Bewerbungen und Karriereplanung verweist die Rubrik "Und noch mehr Power bei dir um die Ecke" auf die Seite der Kommunalen Koordinierung im Kreis Unna. Hier dreht sich im Rahmen der Landesinitiative "Kein Abschluss ohne Anschluss" alles um den Übergang Schule Beruf. Eine Übersicht unterstützt Schülerinnen und Schüler und Eltern bei der Suche nach passenden Ausbildungsplätzen und Beratungsstellen. PK | PKU

Bundeswehr hilft: Corona-Schnelltests in der Altenpflege im Kreis Unna



In der Glückauf-Kaserne in Unna-Königsborn wurden die Soldatinnen und Soldaten begrüßt. Foto: Bundeswehr

Seit Oktober unterstützt die Bundeswehr den Kreis Unna im Kampf gegen das Corona-Virus — zunächst bei der Kontaktpersonennachverfolgung im Gesundheitsamt. Neben den 15 dort eingesetzten Soldatinnen und Soldaten helfen 48 weitere ab sofort auch beim Durchführen von Schnelltests in Seniorenheimen mit.

Kreis-Gesundheitsdezernent und Krisenstabs-Chef Uwe Hasche hat die Angehörigen der Bundeswehr in der Glückauf-Kaserne in Unna-Königsborn begrüßt. Von dort aus gehen sie in die 16 vollstationären Einrichtungen der Altenpflege und Eingliederungshilfe, die von dem Angebot Gebrauch machten, sich bei den Schnelltests durch die Soldaten unterstützen zu lassen.

Unkomplizierte Hilfe

"Mein großer Dank gilt der Bundeswehr, die erneut schnell und unkompliziert geholfen hat", unterstreicht Gesundheitsdezernent Uwe Hasche. "Der Einsatz in den Einrichtungen ist enorm wichtig. Denn so lässt sich das Infektionsrisiko minimieren, solange der Impfschutz noch nicht komplett ist. In vielen Heimen steht die zweite Impfung noch aus."

Dass die Bundeswehr auch bei Schnelltests in Altenpflegeeinrichtungen unterstützt, war auf Initiative der Bundesregierung Mitte Januar auf den Weg gebracht worden.

Ärzte schulen die Soldaten

Nils Schauerte, der Ärztliche Leiter des Rettungsdienstes Kreis Unna, und Dr. Arne Krüger, einer der Leitenden Notärzte, schulten die Soldaten in der Handhabung der Schnelltests. Dabei ging es nicht nur um den korrekten Rachenabstrich, sondern unter anderem auch um das richtige An- und Ablegen der Schutzausrüstung.

24 Soldatinnen Soldaten gehören und dem Marinefliegerkommando 5 in Nordholz (Niedersachsen) an, die 24 weiteren kommen aus dem Versorgungsbataillon 141 aus Neustadt (Niedersachsen). Die Rübenberge in der am Kontaktpersonennachverfolgung eingesetzten Kräfte gehören übrigens dem Versorgungsbataillon 7 in Unna-Königsborn an sie haben sozusagen ein "Heimspiel". PK | PKU

Arbeitslosenquote klettert in Bergkamen auf 9,7 Prozent

Im Kreis Unna stieg der Bestand an gemeldeten Arbeitslosen im Vergleich zum Vormonat um 1.020 auf 17.051. Im Vergleich zu Januar 2020 stieg die Arbeitslosigkeit um 2.367 (+16,1 Prozent). Die Arbeitslosenquote erhöhte sich um 0,5 Punkte auf 8,0 Prozent. Vor einem Jahr betrug sie 6,9 Prozent. In Bergkamen kletterte die Arbeitslosenquote von 9,3 Prozent Ende des vergangenen Jahres auf jetzt 9,7 Prozent.

"Die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Kreis Unna hat sich im Januar deutlich eingetrübt und für weniger Arbeitsaufnahmen gesorgt", beschreibt Agenturchef Thomas Helm die aktuelle Entwicklung. Der Anstieg sei zwar auffällig, relativiere sich jedoch im Vergleich zu den Vorjahren: "Ein Anstieg zu Jahresbeginn ist völlig normal und keine direkte Folge der Pandemie. Er fällt zwar höher aus als im letzten Jahr, jedoch niedriger als vor zwei Jahren." Zu den Gründen äußert der Arbeitsmarktexperte: "Naturgemäß wird gerade witterungsabhängigen Außenberufen im Winter weniger gearbeitet und Personal benötigt." Eine Besonderheit in Corona-Zeiten kennt Thomas Helm aber doch: "Wo sonst im Januar (Saison-Gastronomie, Hotellerie und Eventbranche)Kräfte aus arbeitslos wurden, stellen wir dieses Jahr keine derartigen Effekte fest. Sie befinden sich entweder in Kurzarbeit und damit in Beschäftigung oder wurden im letzten Jahr nicht wieder eingestellt."

Die neuerliche Verlängerung des Lockdowns mache es für Unternehmen schwer, in die Zukunft zu blicken und verlässlich zu planen, entsprechend vorsichtig sei das derzeitige Einstellungsverhalten. Dennoch geht Helm von einer Frühjahrsbelebung im März und April aus. Bis dahin rechne er jedoch noch einmal mit einem leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Entwicklung in den zehn Kommunen des Kreises

In allen zehn Kommunen des Kreises Unna erhöhte sich die Arbeitslosigkeit im vergangenen Monat.

Den niedrigsten Anstieg verzeichnete Selm (+2,7 Prozent bzw. 26 auf 977). Danach folgen Lünen (+4,1 Prozent bzw. 192 auf 4.845),

Bergkamen (+5,3 Prozent bzw. 128 auf 2.537), Bönen (+6,8 Prozent bzw. 48 auf 757), Fröndenberg (+7,3 Prozent bzw. 44 auf 649),

Kamen (+7,7 Prozent bzw. 137 auf 1.922), Werne (+8,0 Prozent bzw. 69 auf 931), Holzwickede (+8,3 Prozent bzw. 42 auf 545), Unna (+8,8 Prozent bzw. 177 auf 2.190) und Schwerte (+10,2 Prozent bzw. 157 auf 1.698).

Familienzentrum "Tausendfüßler" lädt Eltern wieder zu Themen-Cafés ein

Das Familienzentrum "Tausendfüßler" in Oberaden bietet Themen-Cafés für interessierte Eltern aus dem Sozialraum an. Hier sollen ganz gezielt Fachthemen rund ums Kind besprochen werden. Beginn ist am 15. Februar um 14:00 Uhr mit dem Thema "Der Grundstein des Lesens".

Es folgen die Themen-Cafés:

- 03.2021: "Mathematik liegt auf der Straße", 14:00 Uhr
- 04.2021: "Gesunde Ernährung oder wieviel Zucker steckt in unserer Nahrung", 14:00 Uhr
- 05.2021: "Andere Länder, andere Geschichten",14:00 Uhr
- 06.2021: "Bewegung nicht immer nur in der Turnhalle", 14:00 Uhr
- 08.2021: "Die Macht der Musik", 14:00 Uhr

Präsenzveranstaltungen, die aufgrund der pandemischen Lage nicht stattfinden können, werden nach Möglichkeit über digitale Medien angeboten.

Anmeldungen sind bis eine Woche vor Beginn des jeweiligen Themen-Cafés zwingend erforderlich und werden im Familienzentrum unter der Rufnummer: 02306-80141 oder per Mail: tausendfuessler@helimail.de entgegengenommen.

Aktion der Friseurinnen und Friseure: "Licht an, bevor es ganz ausgeht!"

Bundesweit machen die Friseurinnen und Friseure nun mit der Aktion "Licht an, bevor es ganz ausgeht!" am kommenden Sonntag/Montag auf sich aufmerksam. "Auch bei uns in der Stadt Hamm sowie den Kreisen Soest und Unna", erklärt die Kreishandwerkerschaft Hellweg Lippe. Dabei verweist sie auf eine Mitteilung des Zentralverbands des Deutschen Friseurhandwerks:

"Die rund 80.000 Salons des deutschen Friseurhandwerks sind seit dem 16. Dezember 2020 im zweiten Lockdown geschlossen. Viele Familienbetriebe im Friseurhandwerk können die damit verbundenen Umsatzverluste nicht mehr überbrücken, sie stehen vor dem existenziellen Aus. Der Zentralverband des Deutschen Friseurhandwerks (ZV) kämpft daher für einen Re-Start ab dem 15. Februar 2021 und ruft, nach dem Vorbild der Friseur-Innung Lindau, alle Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber bundesweit dazu auf: Macht vom 31. Januar auf den 1. Februar 2021 das Licht in den Salons an, bevor es ganz ausgeht! Das Licht soll 24 Stunden in den Salons brennen, um die

Bevölkerung auf die dramatische Situation des Friseurhandwerks im zweiten Lockdown aufmerksam zu machen.

"Wir wollen für unsere Kundinnen und Kunden sichtbar bleiben und geben nicht auf", so Harald Esser, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Friseurhandwerks. "Wir kämpfen um unsere Existenz und wollen arbeiten. Unsere Kundinnen und Kunden warten auf uns.", so Esser. Alle Friseurinnen und Friseure sind aufgerufen, sich an der Aktion zu beteiligen und die vier Kernforderungen ihres Friseurhandwerks nach außen zu tragen:

- 1. Die Überbrückungshilfen müssen passgenau gestaltet und schnell und unbürokratisch gewährt werden.
- 2. Eine nachhaltige Förderung unserer Ausbildungsleistung ist jetzt notwendig, um die duale Berufsausbildung zu sichern.
- 3. Auch der Chef oder die Chefin als wichtigster Mitarbeiter des Betriebs muss berücksichtigt werden. Wir gehen in den aktuellen Regelungen noch leer aus.
- 4. Schwarzarbeit muss gestoppt werden. Sichere Friseurdienstleistungen können nur wir Profis unter Wahrung der Hygiene- und Arbeitsschutzstandards in den Salons bieten."

Kreis Unna: 22 Prozent weniger Minijobs im Gastgewerbe



Gaststätte geschlossen: Die Corona-Pandemie hat zu einer historischen Krise im Gastgewerbe geführt — und kostet vielen Aushilfskräften den Job. Foto: NGG

Wenn die Pandemie den Job kostet: Im Zuge der Coronakrise ist die Zahl der Minijobs im Kreis Unna um 5 Prozent gesunken. Mitte vergangenen Jahres gab es rund 32.600 geringfügig entlohnte Arbeitsverhältnisse — ein Jahr zuvor waren es noch 34.300. Besonders stark war der Rückgang im Gastgewerbe. In der Branche gingen binnen eines Jahres 833 Minijobs verloren — ein Minus von 22 Prozent. Das teilt die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) mit und beruft sich hierbei auf neueste Zahlen der Bundesagentur für Arbeit. "450-Euro-Kräfte zählen zu den Hauptverlierern der Wirtschaftskrise. Sie haben bislang keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld, werden häufiger gekündigt und sind sozial kaum abgesichert", sagt Torsten Gebehart, Geschäftsführer der NGG-Region Dortmund.

Die Statistik spiegele eine "enorme Unwucht" auf dem heimischen Arbeitsmarkt wider. Während dank staatlicher Hilfen wie der Kurzarbeit die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Stellen in der Region nahezu konstant geblieben sei, treffe die Pandemie prekär Beschäftigte besonders hart. Nach dem Prinzip "Hire and Fire" (Heuern und Feuern) lebten sie in ständiger Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. "Betroffen sind gerade Frauen, die eine 450-Euro-Stelle als Kellnerin oder Küchenhilfe oft als einzige Einnahmequelle haben. Auch für viele Studierende, die sich nebenher etwas hinzuverdienen, sind die Folgen des Jobverlustes dramatisch", betont Gebehart.

Der Gewerkschafter kritisiert die Entlassungen, hat aber angesichts der historischen Krise Verständnis für die Lage der Hotels und Restaurants. "Das Problem ist vielmehr, dass die Politik durch abgabenfreie Minijobs schon seit Jahren falsche Anreize setzt. Es ist höchste Zeit, diese Stellen sozialversicherungspflichtig zu machen." Nur wenn Sozialabgaben, Kranken-, Pflege- und Rentenversicherungsbeiträge gezahlt würden, könnten Beschäftigte wirksam geschützt werden.

Eine Heraufsetzung der Verdienstgrenze bei den Minijobs auf monatlich 600 Euro, wie sie derzeit Teile der Union fordern, gehe dagegen "in die völlig falsche Richtung", so Gebehart. Damit werde eine prekäre Beschäftigungsform weiter ausgebaut, statt sie einzudämmen. Nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) würden durch eine Heraufsetzung bundesweit rund 470.000 Menschen mit regulären Stellen ungewollt zu Minijobbern. "Die Coronakrise hat den Blick auf viele gesellschaftliche Probleme gelenkt. Dazu gehören die Minijobs. Die Politik muss hier arbeitsmarktpolitisch umsteuern", fordert Gebehart.